



Schwarze Ampel plant Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 13. November 2017

„Je länger die Sondierungsgespräche dauern, desto klarer wird die Lobbyisten-Hörigkeit der Schwarzen Ampel. Jeder Punkt auf der Wunschliste der Konzerne, Arbeitgeber und Superreichen wird geflissentlich von Merkels ‚Jamaika‘-Bündnis abgearbeitet“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Ankündigung, dass weitere Flexibilisierungen der Arbeitszeiten Gegenstand der „Jamaika“-Verhandlungen sind. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass Union, FDP und Grüne die Aufweichung der gesetzlichen Regelungen zur Arbeitszeit ernsthaft in Erwägung ziehen. Insbesondere 100 Jahre nach der Einführung des gesetzlichen Achtstundentags und im Widerspruch zur aktuellen IG-Metall-Forderung nach einer weiteren Arbeitszeitverkürzung ist dies ein unsäglicher Affront von Merkels ‚Jamaika‘-Truppe gegen alle Beschäftigten. 1,8 Milliarden Überstunden, steigende Profite, stagnierende Reallöhne für die Hälfte der Arbeitnehmer seit Jahrzehnten, zunehmende

Altersarmut und rasant wachsender Reichtum der Multimillionäre zeigen, dass eine Weiter-so-Politik der Schwarzen Ampel eine neue Giftinjektion für den sozialen Frieden wäre.

Stattdessen braucht das Land endlich den Mut für eine soziale Wende. DIE LINKE im Deutschen Bundestag wird sich konsequent für eine Politik für die vielen Arbeitnehmer und Rentner einsetzen – nicht für die Interessenvertretung einiger weniger.“